

Kritik an EP-Bericht „nachhaltige Zukunft für den Verkehr“

## Überzogene Vorgaben für städtische Mobilität und Klimaschutz

Berlin, 6. Juli 2010 – Das Deutsche Verkehrsforum kritisiert Teile der heute verabschiedeten Vorschläge des Europäischen Parlaments (EP) über eine „nachhaltige Zukunft für den Verkehr“ als überzogen und schädlich für Städte und den Verkehrssektor. „Einige Vorschläge des Europäischen Parlaments können sich negativ auf die Städte und den Verkehrsbereich auswirken.“, so Thomas Hailer, Geschäftsführer des Deutschen Verkehrsforums.

Ähnlich wie die Europäische Kommission versuche auch das EU-Parlament das Verkehrsverhalten hauptsächlich über Preise zu steuern. Statt dessen sollte es Anreize zur Qualitätssteigerung und Verknüpfung der Verkehrsträger schaffen: „Lediglich über Preiserhöhungen ein anderes Nutzerverhalten zu erzwingen ist nicht sinnvoll.“, so Hailer weiter

Unrealistisch und gefährlich sei die Änderung der Bemessungsgrundlage zur CO<sub>2</sub>-Reduktion im Verkehrsbereich. Das EU-Parlament will das Basisjahr von 1991 auf 2010 ändern. Für den Straßenverkehr hieße das unter anderem minus 20 Prozent CO<sub>2</sub> und für den Luftverkehr minus 30 Prozent CO<sub>2</sub> innerhalb von zehn Jahren. Damit bestrafe die EU diejenigen Staaten, die ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Vergangenheit gesenkt haben. Der Verkehrssektor benötige vielmehr verlässliche Planungsgrundlagen, andernfalls sei das Wirtschaftswachstum ernsthaft gefährdet. Im künftigen EU-Weißbuch zur Verkehrspolitik 2020 müssen daher realistische Zielvorgaben gesetzt werden, die den Wachstumszielen der Lissabon-Strategie nicht entgegenstehen dürfen.

Ein weiterer Kritikpunkt sind die „Pläne für Nachhaltige Städtische Mobilität“ für Städte ab 100.000 Einwohner. Hailer: „Darin ist ein Verstoß gegen die Subsidiarität zu sehen. Die EU darf den Städten keine Mobilitätspläne vorschreiben, dazu sind die europäischen Städte zu unterschiedlich. Ihre Verkehrsprobleme kennen sie selbst am besten. Besser wäre es, den gegenseitigen Austausch von Lösungen zu fördern, wie im EU-Aktionsplan „Stadtverkehr“ vorgesehen.“

Kritisch sieht Hailer die geforderte Einrichtung einer Straßenverkehrsagentur die zwar neue Anwendungen, wie z.B. Galileo und Intelligente Verkehrssysteme fördert, Forschungsprogramme begleitet,

---

*Das **Deutsche Verkehrsforum** ist die einzige verkehrsträgerübergreifende Wirtschaftsvereinigung in Europa. Unsere rund 170 Mitgliedsunternehmen wollen die Verkehrsbedingungen verbessern sowie die Mobilität in Deutschland und Europa sichern.*

aber darüber hinaus regulierend eingreifen kann. Hailer: „Ein Mehrwert ist nur dann gegeben, wenn keine Doppelung von Zuständigkeiten mit nationalen Behörden und keine unverhältnismäßig hohen Kosten durch bürokratische und personelle Erfordernisse entstehen.“

Positiver Ansatz in den Vorschlägen des EU-Parlaments ist die geplante Koordinierungsstelle, um Infrastrukturen zu verbessern, um z.B. Forschung zu unterstützen und den Einsatz Intelligenter Verkehrssysteme zu fördern. Durch eine solche Einrichtung können die finanziellen Mittel der Europäischen Union gebündelt, Öffentlich-Private-Partnerschaften initiiert sowie die Kreditvergabe aus einer Hand begleitet werden. „Unklar ist jedoch, was das EU-Parlament mit ‚anderen Finanzinstrumenten‘ meint, denn dahinter könnten sich neue Mehrbelastungen für die Mobilitätswirtschaft verbergen.“, warnt Hailer.

Hailer begrüßte die Vorschläge zur Ko-Modalität und Beseitigung von Verkehrsengpässen, den Willen, mehr Mittel für Mobilität bereit zu stellen, Forschung und Innovation zu unterstützen sowie ein stärkeres Auftreten der Europäischen Union auf internationaler Ebene.